

Sitzungsvorlage

Gremium:	Gemeinderat	Termin: 18. September 2023
Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich	Bearbeitung: Bauamt

TOP 12: Beteiligung Träger öffentlicher Belange

Anhörung zum geplanten Wechsel des mit Bescheid vom 29.12.22 genehmigten Anlagentyps für Windkraftanlagen in Hardheim WEA HAR-3 & HAR-2, sowie Höpfingen WEA HÖP-1 & HÖP-2 Information

Erläuterungen:

Mit Schreiben vom 15.08.2023 wurde die Gemeindeverwaltung in oben genanntem Betreff durch das Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis angehört und um Stellungnahme gebeten. Die Abgabefrist hierfür endet bereits am 14.09.2023 und eine beantragte Fristverlängerung wurde nicht zugelassen. Das Thema wurde daher bereits vorab durch Bürgermeister Hauk in Abstimmung mit seinen Stellvertretern behandelt und eine Stellungnahme durch die Verwaltung abgegeben. Folgende Änderungen ergeben sich durch den Wechsel der Anlagentypen:

- WEA HÖP-1: Wechsel des (genehmigten) Typs Enercon E-115 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,0 MW, einer Nabenhöhe von 148,80 m, einem Rotordurchmesser von 115,71 m und einer Gesamthöhe von 206,65 m in den Typ Enercon E-115 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,2 MW, einer Nabenhöhe von 148,80 m, einem Rotordurchmesser von 115,71 m und einer Gesamthöhe von 206,84 m
- WEA HÖP-2: Wechsel des (genehmigten) Typs Enercon E-138 EP3 E2 mit einer Nennleistung von 4,2 MW, einer Nabenhöhe von 160 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m, einer Gesamthöhe von 229,13 m in den Typ Enercon E-138 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,26 MW, einer Nabenhöhe von 160 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m, einer Gesamthöhe von 229,13 m
- WEA HAR-2: Wechsel des (genehmigten) Typs Enercon E-138 EP3 E2 mit einer Nennleistung von 4,2 MW, einer Nabenhöhe von 130,80 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m und einer Gesamthöhe von 199,90 m in den Typ Enercon E-138 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,26 MW, einer Nabenhöhe von 130,64 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m und einer Gesamthöhe von 199,76 m
- WEA HAR-3: Wechsel des (genehmigten) Typs Enercon E-138 EP3 E2 mit einer Nennleistung von 4,2 MW, einer Nabenhöhe von 130,80 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m und einer Gesamthöhe von 199,90 m in den Typ Enercon E-138 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,26 MW, einer Nabenhöhe von 130,64 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m und einer Gesamthöhe von 199,76 m

Die Standortkoordinaten bleiben jeweils in Bezug auf die Genehmigung vom 29.12.2022 gleich.

Da die Änderungen durch den Wechsel des Anlagentyps nur minimale Auswirkungen haben, wurden keine Anregungen oder Einwände mitgeteilt.

Finanzielle Auswirkungen:

-

Beschlussempfehlung:

-

Anlagen:

- Anschreiben LRA NOK zu allen drei Anhörungen

siehe Verteiler

sabell Grimm

Gebäude 1 - Zimmer 021
Telefon: 06261 / 84 1769
Telefax: 06261 / 84 4702
sabell.Grimm@neckar-odenwald-kreis.de

15.08.2023

**Antrag der Firma EE BürgerEnergie Höpfingen GmbH & Co. KG auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung für die zwei Windkraftanlagen HÖP-1 und HÖP-2 (Wechsel Anlagentyp)
Aktenzeichen: 2.152/OZ.: 224**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Entscheidung vom 29.12.2022 wurde der EE BürgerEnergie Höpfingen GmbH & Co. KG die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von zwei Windkraftanlagen (HÖP-1 und HÖP-2) erteilt. Zusammen mit den drei ebenfalls am 29.12.2022 immissionsschutzrechtlich genehmigten Windkraftanlagen der EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG in Hardheim (HAR-1 + HAR-2, HAR-3) bilden sie den Windpark „Kornberg-Dreimärker“.

Der o.g. Änderungsgenehmigungsantrag vom 28.06.2023 wurde am 04.07.2023 beim Landratsamt eingereicht. Die Firma EE BürgerEnergie Höpfingen GmbH & Co. KG plant mit diesem Antrag den Wechsel des bisher genehmigten Anlagentyps wie folgt:

- WEA HÖP-1: Wechsel des (genehmigten) Typs Enercon E-115 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,0 MW, einer Nabenhöhe von 148,80 m, einem Rotordurchmesser von 115,71 m und einer Gesamthöhe von 206,65 m in den Typ Enercon E-115 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,2 MW, einer Nabenhöhe von 148,80 m, einem Rotordurchmesser von 115,71 m und einer Gesamthöhe von 206,84 m
- WEA HÖP-2: Wechsel des (genehmigten) Typs Enercon E-138 EP3 E2 mit einer Nennleistung von 4,2 MW, einer Nabenhöhe von 160 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m, einer Gesamthöhe von 229,13 m in den Typ Enercon E-138 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,26 MW, einer Nabenhöhe von 160 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m, einer Gesamthöhe von 229,13 m

Die Standortkoordinaten bleiben in Bezug auf die Genehmigung vom 29.12.2022 gleich.

Die EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG beantragte ebenfalls einen Wechsel des genehmigten Anlagentyps für die genehmigten Windkraftanlagen HAR-2 und HAR-3 des gleichen Windparks.

Wichtiger Hinweis (Verzicht Windkraftanlage HAR-1):

Gemäß den Antragsunterlagen zum Wechsel des Anlagentyps der Windkraftanlage HAR-2 erklärt die Vorhabenträgerin den Teilverzicht auf die immissionsschutzrechtliche Genehmigung vom 29.12.2022, soweit hierdurch die Errichtung und der Betrieb der Windkraftanlage HAR-1 auf dem Grundstück Flst.-Nr. 5409 der Gemarkung Hardheim-Bretzingen zugelassen wird. Das bedeutet, dass die Errichtung der Windkraftanlage HAR-1 seitens der Vorhabenträgerin nicht länger weiterverfolgt wird, die Windkraftanlage HAR-2 jedoch mit einem Wechsel des Anlagentyps errichtet werden soll.

Der Teilverzicht wird von der Vorhabenträgerin allerdings unter der Bedingung erklärt, dass die beantragte Änderungsgenehmigung bzgl. des Typenwechsels für die Windkraftanlage HAR-2 erteilt wird. Lediglich die Immissionsschutzbehörde kann den Eintritt dieser Bedingung herbei führen, da diese auch die Genehmigungsbehörde der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung vom 29.12.2022 war, sodass für die Beurteilung der Zulässigkeit des Typenwechsels bereits von einer Wirksamkeit des Verzichts auszugehen ist.

Die Anforderungen an den Wechsel eines Anlagentyps ergeben sich aus § 16b Abs. 7 Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG). Demnach müssen im Rahmen des Änderungs genehmigungsverfahrens nur dann Anforderungen geprüft werden, soweit durch die Änderung des Anlagentyps im Verhältnis zur genehmigten Anlage nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden und diese nach § 6 BImSchG erheblich sein können. Die behördliche Prüfung ist somit auf zusätzliche Auswirkungen durch das Änderungsvorhaben beschränkt.

Die Unterlagen zum Antrag auf Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung für den Anlagentypwechsel (einschließlich der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung vom 29.12.2022) bei den Windkraftanlagen HÖP-1 und HÖP-2 können unter dem Link

<https://cloud.neckar-odenwald-kreis.de/s/gAmMrHqHQgHStX9>

abgerufen werden. Das Passwort wird in einer separaten Mail übermittelt.

Jede Weitergabe, Nutzungsüberlassung, Vervielfältigung etc. an Dritte ist ohne vorherige Zustimmung durch die Genehmigungsbehörde nicht gestattet.

Sie erhalten für jeden Änderungsgenehmigungsantrag eine gesonderte Anhörung gemäß § 10 Abs. 5 BImSchG mit den jeweils zugehörigen Antragsunterlagen. Wir bitten darum, die Stellungnahmen auch für jeden Antrag getrennt abzugeben.

Bei der vorliegenden Fachstellenanhörung zum Änderungsgenehmigungsantrag ist nur der Typenwechsel - jedoch bereits unter Berücksichtigung des Verzichts auf die Windkraftanlage HAR-1 zu beurteilen. Hinsichtlich des Verzichts und die damit verbundene etwaige Änderung der festgesetzten Nebenbestimmungen der Genehmigung vom 29.12.2022 ergeht eine separate Anhörung der betroffenen Fachstellen zu einem späteren Zeitpunkt.

Da Ihr Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird, bitten wir zunächst um Prüfung, ob gemäß den o.g. Anforderungen an einen Anlagentypenwechsel durch die Änderung des Anlagentyps im Verhältnis zur genehmigten Anlage nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden und diese nach § 6 BImSchG erheblich sein können (§ 10 Abs. 5 BImSchG bzw. § 16b Abs. 7 BImSchG).

Trifft dies zu, bitten wir im nächsten Schritt um Durchsicht, ob die vorliegenden Pläne und Beschreibungen aus Ihrer Sicht für die weitergehende Prüfung vollständig sind. Sollten die Antragsunterlagen für Ihre fachliche Beurteilung nicht ausreichend sein und weitere Unterlagen benötigt werden, bitten wir Sie, uns dies spätestens bis zum **29.08.2023** mitzuteilen. Eine Rückmeldung ist auf jeden Fall erforderlich.

Wenn die Antragsunterlagen für Ihre fachliche Beurteilung ausreichend sind, bitten wir um abschließende Stellungnahme zum Vorhaben bis spätestens **14.09.2023** (§ 10 Abs. 5 BImSchG).

Wir weisen darauf hin, dass gemäß § 10 Abs. 5 Satz 2 BImSchG davon auszugehen ist, dass die beteiligte Behörde sich bei einem Verfahren zur Genehmigung einer Anlage zur Nutzung erneuerbarer Energien nicht äußern will, wenn sie innerhalb einer Frist von einem Monat keine Stellungnahme abgegeben hat.

Bitte beachten Sie bei der Abgabe Ihrer Stellungnahme die besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien nach § 2 des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2023). In Ihrer Stellungnahme ist das überragende öffentliche Interesse und die Dienlichkeit der Errichtung und des Betriebes von Erneuerbaren-Energie-Anlagen für die öffentliche Sicherheit besonders zu berücksichtigen.

Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung schließt nach § 13 BImSchG andere, die Anlage betreffende behördliche Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Zulassungen, Verleihungen, Erlaubnisse und Bewilligungen mit Ausnahme der im Gesetz genannten Entscheidungen mit ein. Da die materiellen Vorschriften, die für das ersetzte Verfahren gelten, im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu beachten sind, bitten wir, Bedingungen, Auflagen und inhaltliche Beschränkungen zu Ihrem Aufgabenbereich mitzuteilen, damit diese in der Genehmigung berücksichtigt und mitaufgenommen werden können.

Sollten zur Verwirklichung des Vorhabens anlagenbezogene Befreiungen, Ausnahmen oder ähnliche Entscheidungen erforderlich sein (z.B. § 67 BNatSchG i.V.m § 54 NatSchG), bitten wir in der Stellungnahme die Rechtsgrundlage anzugeben und zu begründen sowie einen Entscheidungsvorschlag zu formulieren. Wir bitten darum, erforderliche Nebenbestimmungen auf einem gesonderten Blatt beizufügen.

Für eine leichtere und schnellere Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen bitten wir Sie, Ihre Stellungnahme in Papierform und zusätzlich elektronisch an die E-Mail-Adresse Isabell.Grimm@neckar-odenwald-kreis.de zu übersenden. Sollten Sie Ihrer Stellungnahme Pläne beifügen, bitten wir um Übersendung von zwei Fertigungen in Papierform und zusätzlich in elektronischer Form.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Grimm

Anlage beteiligte Stellen

Hinweise zum Datenschutz gem. Art. 13 und Art. 14 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) finden Sie unter www.neckar-odenwald-kreis.de/Datenschutz.de. Auf Wunsch senden wir Ihnen diese auch in Papierform zu.

Nur für die Sachgebiete des Landratsamtes:

Nach Ziff. 01.01.00-01 der Anlage zur Gebührenverordnung des Landratsamtes ist für jeden wahrgenommenen Außendiensttermin eine Wegstreckenpauschale zu erheben. Wir bitten daher, den Vordruck auszufüllen und mit Ihrer fachlichen Stellungnahme an uns zurückzugeben.

Diesen finden Sie unter G:\Verfahrensunterlagen - FB2

Verteiler: -die Versendung erfolgt ausschließlich elektronisch-

1. Sachgebiet Gewerbeaufsicht
im Hause
marco.mayer@neckar-odenwald-kreis.de
melanie.benter@neckar-odenwald-kreis.de

2. Sachgebiet Naturschutz
im Hause
Naturschutz@neckar-odenwald-kreis.de

Wir bitten um naturschutzfachliche und naturschutzrechtliche Stellungnahme.

Das Vorhaben bedarf außerdem gemäß § 7 Abs. 1 i.V.m. § 9 Abs. 4 UVPG einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung der UVP-Pflicht. Grundlage für die Prüfung ist insbesondere die von der Vorhabenträgerin vorgelegte Unterlage „UVP-Vorprüfung für die WEA Höpfingen 1 und Höpfingen 2 auf dem Gebiet der Gemeinde Höpfingen“, erstellt vom Büro Ökologie und Stadtentwicklung vom 04.07.2023, geändert am 02.08.2023, in Register 15.1.

Mit Nachricht vom 21.07.2023 bzw. 09.08.2023 haben wir Sie hierzu bereits um Prüfung gebeten, ob das Vorhaben im Hinblick auf die naturschutzrechtlichen Belange erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Fehlanzeige war erforderlich.

3. Umwelt-Technik und Naturschutz
Bodenschutz und Grundwasserschutz
im Hause
freddy.hasselbach@neckar-odenwald-kreis.de
rainer.beer@neckar-odenwald-kreis.de

Das Vorhaben bedarf außerdem gemäß § 7 Abs. 1 i.V.m. § 9 Abs. 4 UVPG einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung der UVP-Pflicht. Grundlage für die Prüfung ist insbesondere die von der Vorhabenträgerin vorgelegte Unterlage „UVP-Vorprüfung für die WEA Höpfingen 1 und Höpfingen 2 auf dem Gebiet der Gemeinde Höpfingen“, erstellt vom Büro Ökologie und Stadtentwicklung vom 04.07.2023, geändert am 02.08.2023, in Register 15.1.

Mit Nachricht vom 21.07.2023 bzw. 09.08.2023 haben wir Sie hierzu bereits um Prüfung gebeten, ob das Vorhaben im Hinblick auf die naturschutzrechtlichen Belange erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Fehlanzeige war erforderlich.

4. Feuerwehrwesen / Bevölkerungsschutz
Kreisbrandmeister
im Hause
joerg.kirschenlohr@neckar-odenwald-kreis.de

5. Gemeindeverwaltungsverband Hardheim-Walldürn
Baurechtsamt
Friedrich-Ebert-Str. 11
74731 Walldürn
info@gvv-hw.de

6. Gemeinde Höpfingen
Heidelbergerstraße 23
74746 Höpfingen
gemeinde@hoepfingen.de
7. Stadt Walldürn
Burgstraße 3
74731 Walldürn
stadt@wallduern.de
8. Regierungspräsidium Stuttgart
Referat 46.2, Luftverkehr
Industriestr. 5
70565 Stuttgart
bauschutz-luftverkehr@rps.bwl.de

Luftfahrthindernisse sind ab 100 Metern über Grund zu kennzeichnen. Außerdem befindet sich das Vorhaben in der Nähe des Verkehrslandeplatzes Walldürn. Sie haben in dem früheren Genehmigungsverfahren mit Schreiben vom 15.06.2021 zu den luftfahrtrechtlichen Belangen Stellung genommen und der Errichtung und dem Betrieb der Anlagen HÖP-1 und HÖP-2 nach § 14 Abs. 1 LuftVG zugestimmt. Sollte eine erneute Zustimmung erforderlich sein, bitten wir um entsprechende Mitteilung. Auf die nur dann geltende 2 Monatsfrist wird hingewiesen.

9. Regierungspräsidium Karlsruhe
Stabsstelle Energiewende, Windenergie u. Klimaschutz
Markgrafenstr. 46
76133 Karlsruhe
stewk@rpk.bwl.de

Bitte um Stellungnahme unter Bezug auf § 26 KlimaG BW.

siehe Verteiler

Landratsamt
Fachbereich 2
Umwelt – Recht
Immissionsschutz

Renzstraße 10
74821 Mosbach

www.neckar-odenwald-kreis.de

Gudrun Westenhöfer

Gebäude 1 - Zimmer 022
Telefon: 06261 / 84 1762
Telefax: 06261 / 84 4702
Gudrun.Westenhoefer
@neckar-odenwald-kreis.de

15.08.2023

Antrag der Firma EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung für eine Windkraftanlage HAR-2 (Wechsel Anlagentyp)

Aktenzeichen: 2.152/OZ.: 228

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Entscheidung vom 29.12.2022 wurde der EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von zwei Windkraftanlagen (HAR-1 und HAR-2) erteilt. Zusammen mit den drei ebenfalls am 29.12.2022 immissionsschutzrechtlich genehmigten Windkraftanlagen der EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG in Hardheim (HAR-3) und der EE BürgerEnergie Höpfingen GmbH & Co. KG in Höpfingen (HÖP-1 und HÖP-2) und bilden sie den Windpark „Kornberg-Dreimärker“.

Der o.g. Änderungsgenehmigungsantrag vom 28.06.2023 wurde am 04.07.2023 beim Landratsamt eingereicht. Die Firma EE BürgerEnergie Höpfingen GmbH & Co. KG plant mit diesem Antrag den Wechsel des bisher genehmigten Anlagentyps wie folgt:

- WEA HAR-2: Wechsel des (genehmigten) Typs Enercon E-138 EP3 E2 mit einer Nennleistung von 4,2 MW, einer Nabenhöhe von 130,80 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m und einer Gesamthöhe von 199,90 m in den Typ Enercon E-138 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,26 MW, einer Nabenhöhe von 130,64 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m und einer Gesamthöhe von 199,76 m

Die Standortkoordinaten bleiben in Bezug auf die Genehmigung vom 29.12.2022 gleich.

Die EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG beantragte ebenfalls einen Wechsel des genehmigten Anlagentyps für die genehmigte Windkraftanlage HAR-3 und die EE BürgerEnergie Höpfingen GmbH & Co. KG für die Windkraftanlagen HÖP-1 und HÖP-2 des gleichen Windparks.

Wichtiger Hinweis (Verzicht Windkraftanlage HAR-1):

Gemäß den Antragsunterlagen zum Wechsel des Anlagentyps der Windkraftanlage HAR-2 erklärt die Vorhabenträgerin den Teilverzicht auf die immissionsschutzrechtliche Genehmigung vom 29.12.2022, soweit hierdurch die Errichtung und der Betrieb der Windkraftanlage HAR-1 auf dem Grundstück Flst.-Nr. 5409 der Gemarkung Hardheim-Bretzingen zugelassen wird. Das bedeutet,

dass die Errichtung der Windkraftanlage HAR-1 seitens der Vorhabenträgerin nicht länger weiterverfolgt wird, die Windkraftanlage HAR-2 jedoch mit einem Wechsel des Anlagentyps errichtet werden soll.

Der Teilverzicht wird von der Vorhabenträgerin allerdings unter der Bedingung erklärt, dass die beantragte Änderungsgenehmigung bzgl. des Typenwechsels für die Windkraftanlage HAR-2 erteilt wird. Lediglich die Immissionsschutzbehörde kann den Eintritt dieser Bedingung herbei führen, da diese auch die Genehmigungsbehörde der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung vom 29.12.2022 war, sodass für die Beurteilung der Zulässigkeit des Typenwechsels bereits von einer Wirksamkeit des Verzichts auszugehen ist..

Die Anforderungen an den Wechsel eines Anlagentyps ergeben sich aus § 16b Abs. 7 Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG). Demnach müssen im Rahmen des Änderungsgenehmigungsverfahrens nur dann Anforderungen geprüft werden, soweit durch die Änderung des Anlagentyps im Verhältnis zur genehmigten Anlage nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden und diese nach § 6 BImSchG erheblich sein können. Die behördliche Prüfung ist somit auf zusätzliche Auswirkungen durch das Änderungsvorhaben beschränkt.

Die Unterlagen zum Antrag auf Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung für den Anlagentypwechsel (einschließlich der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung vom 29.12.2022) bei der Windkraftanlage HAR-2 können unter dem Link

<https://cloud.neckar-odenwald-kreis.de/s/P23DLqFKQiZwgkR>

abgerufen werden. Das Passwort wird in einer separaten Mail übermittelt.

Jede Weitergabe, Nutzungsüberlassung, Vervielfältigung etc. an Dritte ist ohne vorherige Zustimmung durch die Genehmigungsbehörde nicht gestattet.

Sie erhalten für jeden Änderungsgenehmigungsantrag eine gesonderte Anhörung gemäß § 10 Abs. 5 BImSchG mit den jeweils zugehörigen Antragsunterlagen. Wir bitten darum, die Stellungnahmen auch für jeden Antrag getrennt abzugeben.

Bei der vorliegenden Fachstellenanhörung zum Änderungsgenehmigungsantrag ist nur der Typenwechsel - jedoch bereits unter Berücksichtigung des Verzichts auf die Windkraftanlage HAR-1 zu beurteilen. Hinsichtlich des Verzichts und die damit verbundene etwaige Änderung der festgesetzten Nebenbestimmungen der Genehmigung vom 29.12.2022 ergeht eine separate Anhörung der betroffenen Fachstellen zu einem späteren Zeitpunkt.

Da Ihr Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird, bitten wir zunächst um Prüfung, ob gemäß den o.g. Anforderungen an einen Anlagentypenwechsel durch die Änderung des Anlagentyps im Verhältnis zur genehmigten Anlage nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden und diese nach § 6 BImSchG erheblich sein können (§ 10 Abs. 5 BImSchG bzw. § 16b Abs. 7 BImSchG).

Trifft dies zu, bitten wir im nächsten Schritt um Durchsicht, ob die vorliegenden Pläne und Beschreibungen aus Ihrer Sicht für die weitergehende Prüfung vollständig sind. Sollten die Antragsunterlagen für Ihre fachliche Beurteilung nicht ausreichend sein und weitere Unterlagen benötigt werden, bitten wir Sie, uns dies spätestens bis zum **29.08.2023** mitzuteilen. Eine Rückmeldung ist auf jeden Fall erforderlich.

Wenn die Antragsunterlagen für Ihre fachliche Beurteilung ausreichend sind, bitten wir um abschließende Stellungnahme zum Vorhaben bis spätestens **14.09.2023** (§ 10 Abs. 5 BImSchG).

Wir weisen darauf hin, dass gemäß § 10 Abs. 5 Satz 2 BImSchG davon auszugehen ist, dass die beteiligte Behörde sich bei einem Verfahren zur Genehmigung einer Anlage zur Nutzung erneuerbarer Energien nicht äußern will, wenn sie innerhalb einer Frist von einem Monat keine Stellungnahme abgegeben hat.

Bitte beachten Sie bei der Abgabe Ihrer Stellungnahme die besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien nach § 2 des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2023). In Ihrer Stellungnahme ist das überragende öffentliche Interesse und die Dienlichkeit der Errichtung und des Betriebes von Erneuerbaren-Energie-Anlagen für die öffentliche Sicherheit besonders zu berücksichtigen.

Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung schließt nach § 13 BImSchG andere, die Anlage betreffende behördliche Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Zulassungen, Verleihungen, Erlaubnisse und Bewilligungen mit Ausnahme der im Gesetz genannten Entscheidungen mit ein. Da die materiellen Vorschriften, die für das ersetzte Verfahren gelten, im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu beachten sind, bitten wir, Bedingungen, Auflagen und inhaltliche Beschränkungen zu Ihrem Aufgabenbereich mitzuteilen, damit diese in der Genehmigung berücksichtigt und mitaufgenommen werden können.

Sollten zur Verwirklichung des Vorhabens anlagenbezogene Befreiungen, Ausnahmen oder ähnliche Entscheidungen erforderlich sein (z.B. § 67 BNatSchG i.V.m § 54 NatSchG), bitten wir in der Stellungnahme die Rechtsgrundlage anzugeben und zu begründen sowie einen Entscheidungsvorschlag zu formulieren. Wir bitten darum, erforderliche Nebenbestimmungen auf einem gesonderten Blatt beizufügen.

Für eine leichtere und schnellere Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen bitten wir Sie, Ihre Stellungnahme in Papierform und zusätzlich elektronisch an die E-Mail-Adresse Isabell.Grimm@neckar-odenwald-kreis.de zu übersenden. Sollten Sie Ihrer Stellungnahme Pläne beifügen, bitten wir um Übersendung von zwei Fertigungen in Papierform und zusätzlich in elektronischer Form.

Mit freundlichen Grüßen

gez. i.V.
Grimm

Anlage beteiligte Stellen

Hinweise zum Datenschutz gem. Art. 13 und Art. 14 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) finden Sie unter www.neckar-odenwald-kreis.de/Datenschutz.de. Auf Wunsch senden wir Ihnen diese auch in Papierform zu.

Nur für die Sachgebiete des Landratsamtes:

Nach Ziff. 01.01.00-01 der Anlage zur Gebührenverordnung des Landratsamtes ist für jeden wahrgenommenen Außendiensttermin eine Wegstreckenpauschale zu erheben. Wir bitten daher, den Vordruck auszufüllen und mit Ihrer fachlichen Stellungnahme an uns zurückzugeben.

Diesen finden Sie unter G:\Verfahrensunterlagen - FB2

Verteiler: -die Versendung erfolgt ausschließlich elektronisch-

1. Sachgebiet Gewerbeaufsicht
im Hause
juergen.sattler@neckar-odenwald-kreis.de
melanie.benter@neckar-odenwald-kreis.de

2. Sachgebiet Naturschutz
im Hause
Naturschutz@neckar-odenwald-kreis.de

Wir bitten um naturschutzfachliche und naturschutzrechtliche Stellungnahme.

Das Vorhaben bedarf außerdem gemäß § 7 Abs. 1 i.V.m. § 9 Abs. 4 UVPG einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung der UVP-Pflicht. Grundlage für die Prüfung ist insbesondere die von der Vorhabenträgerin vorgelegte Unterlage „UVP-Vorprüfung für die WEA Hardheim 2 auf dem Gebiet der Gemeinde Hardheim“, erstellt vom Büro Ökologie und Stadtentwicklung vom 04.07.2023, geändert am 07.08.2023, in Register 15.1.

Mit Nachricht vom 21.07.2023 bzw. 09.08.2023 haben wir Sie hierzu bereits um Prüfung gebeten, ob das Vorhaben im Hinblick auf die naturschutzrechtlichen Belange erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Fehlanzeige war erforderlich.

3. Umwelt-Technik und Naturschutz
Bodenschutz und Grundwasserschutz
im Hause
freddy.hasselbach@neckar-odenwald-kreis.de
rainer.beer@neckar-odenwald-kreis.de

Das Vorhaben bedarf außerdem gemäß § 7 Abs. 1 i.V.m. § 9 Abs. 4 UVPG einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung der UVP-Pflicht. Grundlage für die Prüfung ist insbesondere die von der Vorhabenträgerin vorgelegte Unterlage „UVP-Vorprüfung für die WEA Hardheim 2 auf dem Gebiet der Gemeinde Hardheim“, erstellt vom Büro Ökologie und Stadtentwicklung vom 04.07.2023, geändert am 07.08.2023, in Register 15.1.

Mit Nachricht vom 21.07.2023 bzw. 09.08.2023 haben wir Sie hierzu bereits um Prüfung gebeten, ob das Vorhaben im Hinblick auf die naturschutzrechtlichen Belange erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Fehlanzeige war erforderlich.

4. Feuerwehrwesen / Bevölkerungsschutz
Kreisbrandmeister
im Hause
joerg.kirschenlohr@neckar-odenwald-kreis.de

5. Gemeindeverwaltungsverband Hardheim-Walldürn
Baurechtsamt
Friedrich-Ebert-Str. 11
74731 Walldürn
info@gvv-hw.de

6. Gemeinde Hardheim
Schloßplatz 6
74736 Hardheim
rathaus@hardheim.de
7. Gemeinde Höpfingen
Heidelbergerstraße 23
74746 Höpfingen
gemeinde@hoepfingen.de
8. Stadt Walldürn
Burgstraße 3
74731 Walldürn
stadt@wallduern.de
9. Regierungspräsidium Stuttgart
Referat 46.2, Luftverkehr
Industriestr. 5
70565 Stuttgart
bauschutz-luftverkehr@rps.bwl.de

Luftfahrthindernisse sind ab 100 Metern über Grund zu kennzeichnen. Außerdem befindet sich das Vorhaben in der Nähe des Verkehrslandeplatzes Walldürn. Sie haben in dem früheren Genehmigungsverfahren mit Schreiben vom 15.06.2021 zu den luftfahrtrechtlichen Belangen Stellung genommen und der Errichtung und dem Betrieb der Anlagen HAR-1 und HAR-2 nach § 14 Abs. 1 LuftVG zugestimmt. Sollte eine erneute Zustimmung erforderlich sein, bitten wir um entsprechende Mitteilung. Auf die nur dann geltende 2 Monatsfrist wird hingewiesen.

10. Regierungspräsidium Karlsruhe
Stabsstelle Energiewende, Windenergie u. Klimaschutz
Markgrafenstr. 46
76133 Karlsruhe
stewk@rpk.bwl.de

Bitte um Stellungnahme unter Bezug auf § 26 KlimaG BW.

siehe Verteiler

Kassandra Schuldt

Gebäude 1 - Zimmer 022
Telefon: 06261 / 84 1762
Telefax: 06261 / 84 4702
Kassandra.Schuldt
@neckar-odenwald-kreis.de

15.08.2023

Antrag der Firma EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung für eine Windkraftanlage HAR-3 (Wechsel Anlagentyp)

Aktenzeichen: 2.152/OZ.: 229

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Entscheidung vom 29.12.2022 wurde der EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von einer Windkraftanlage (HAR-3) erteilt. Zusammen mit den vier ebenfalls am 29.12.2022 immissionsschutzrechtlich genehmigten Windkraftanlagen der EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG in Hardheim (HAR-1 und HAR-2) und der EE BürgerEnergie Höpfingen GmbH & Co. KG in Höpfingen (HÖP-1 und HÖP-2) bilden sie den Windpark „Kornberg-Dreimärker“.

Der o.g. Änderungsgenehmigungsantrag vom 28.06.2023 wurde am 04.07.2023 beim Landratsamt eingereicht. Die Firma EE BürgerEnergie Höpfingen GmbH & Co. KG plant mit diesem Antrag den Wechsel des bisher genehmigten Anlagentyps wie folgt:

- WEA HAR-3: Wechsel des (genehmigten) Typs Enercon E-138 EP3 E2 mit einer Nennleistung von 4,2 MW, einer Nabenhöhe von 130,80 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m und einer Gesamthöhe von 199,90 m in den Typ Enercon E-138 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,26 MW, einer Nabenhöhe von 130,64 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m und einer Gesamthöhe von 199,76 m

Die Standortkoordinaten bleiben in Bezug auf die Genehmigung vom 29.12.2022 gleich.

Die EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG beantragte ebenfalls einen Wechsel des genehmigten Anlagentyps für die genehmigte Windkraftanlage HAR-2 und die EE BürgerEnergie Höpfingen GmbH & Co. KG für die Windkraftanlagen HÖP-1 und HÖP-2 des gleichen Windparks.

Wichtiger Hinweis (Verzicht Windkraftanlage HAR-1):

Gemäß den Antragsunterlagen zum Wechsel des Anlagentyps der Windkraftanlage HAR-2 erklärt die Vorhabenträgerin den Teilverzicht auf die immissionsschutzrechtliche Genehmigung vom 29.12.2022, soweit hierdurch die Errichtung und der Betrieb der Windkraftanlage HAR-1 auf dem

Grundstück Flst.-Nr. 5409 der Gemarkung Hardheim-Bretzingen. Das bedeutet, dass die Errichtung der Windkraftanlage HAR-1 seitens der Vorhabenträgerin nicht länger weiterverfolgt wird, die Windkraftanlage HAR-2 jedoch mit einem Wechsel des Anlagentyps errichtet werden soll.

Der Teilverzicht wird von der Vorhabenträgerin allerdings unter der Bedingung erklärt, dass die beantragte Änderungsgenehmigung bzgl. des Typenwechsels für die Windkraftanlage HAR-2 erteilt wird. Lediglich die Immissionsschutzbehörde kann den Eintritt dieser Bedingung herbei führen, da diese auch die Genehmigungsbehörde der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung vom 29.12.2022 war, sodass für die Beurteilung der Zulässigkeit des Typenwechsels bereits von einer Wirksamkeit des Verzichts auszugehen ist.

Die Anforderungen an den Wechsel eines Anlagentyps ergeben sich aus § 16b Abs. 7 Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG). Demnach müssen im Rahmen des Änderungsgenehmigungsverfahrens nur dann Anforderungen geprüft werden, soweit durch die Änderung des Anlagentyps im Verhältnis zur genehmigten Anlage nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden und diese nach § 6 BImSchG erheblich sein können. Die behördliche Prüfung ist somit auf zusätzliche Auswirkungen durch das Änderungsvorhaben beschränkt.

Die Unterlagen zum Antrag auf Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung für den Anlagentypwechsel (einschließlich der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung vom 29.12.2022) bei der Windkraftanlage HAR-3 können unter dem Link

<https://cloud.neckar-odenwald-kreis.de/s/HJp37sm6eoNLZMo>

abgerufen werden. Das Passwort wird in einer separaten Mail übermittelt.

Jede Weitergabe, Nutzungsüberlassung, Vervielfältigung etc. an Dritte ist ohne vorherige Zustimmung durch die Genehmigungsbehörde nicht gestattet.

Sie erhalten für jeden Änderungsgenehmigungsantrag eine gesonderte Anhörung gemäß § 10 Abs. 5 BImSchG mit den jeweils zugehörigen Antragsunterlagen. Wir bitten darum, die Stellungnahmen auch für jeden Antrag getrennt abzugeben.

Bei der vorliegenden Fachstellenanhörung zum Änderungsgenehmigungsantrag ist nur der Typenwechsel - jedoch bereits unter Berücksichtigung des Verzichts auf die Windkraftanlage HAR-1 zu beurteilen. Hinsichtlich des Verzichts und die damit verbundene etwaige Änderung der festgesetzten Nebenbestimmungen der Genehmigung vom 29.12.2022 ergeht eine separate Anhörung der betroffenen Fachstellen zu einem späteren Zeitpunkt.

Da Ihr Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird, bitten wir zunächst um Prüfung, ob gemäß den o.g. Anforderungen an einen Anlagentypenwechsel durch die Änderung des Anlagentyps im Verhältnis zur genehmigten Anlage nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden und diese nach § 6 BImSchG erheblich sein können (§ 10 Abs. 5 BImSchG bzw. § 16b Abs. 7 BImSchG).

Trifft dies zu, bitten wir im nächsten Schritt um Durchsicht, ob die vorliegenden Pläne und Beschreibungen aus Ihrer Sicht für die weitergehende Prüfung vollständig sind. Sollten die Antragsunterlagen für Ihre fachliche Beurteilung nicht ausreichend sein und weitere Unterlagen benötigt werden, bitten wir Sie, uns dies spätestens bis zum **29.08.2023** mitzuteilen. Eine Rückmeldung ist auf jeden Fall erforderlich.

Wenn die Antragsunterlagen für Ihre fachliche Beurteilung ausreichend sind, bitten wir um abschließende Stellungnahme zum Vorhaben bis spätestens **14.09.2023** (§ 10 Abs. 5 BImSchG).

Wir weisen darauf hin, dass gemäß § 10 Abs. 5 Satz 2 BImSchG davon auszugehen ist, dass die beteiligte Behörde sich bei einem Verfahren zur Genehmigung einer Anlage zur Nutzung erneuerbarer Energien nicht äußern will, wenn sie innerhalb einer Frist von einem Monat keine Stellungnahme abgegeben hat.

Bitte beachten Sie bei der Abgabe Ihrer Stellungnahme die besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien nach § 2 des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2023). In Ihrer Stellungnahme ist das überragende öffentliche Interesse und die Dienlichkeit der Errichtung und des Betriebes von Erneuerbaren-Energie-Anlagen für die öffentliche Sicherheit besonders zu berücksichtigen.

Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung schließt nach § 13 BImSchG andere, die Anlage betreffende behördliche Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Zulassungen, Verleihungen, Erlaubnisse und Bewilligungen mit Ausnahme der im Gesetz genannten Entscheidungen mit ein. Da die materiellen Vorschriften, die für das ersetzte Verfahren gelten, im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu beachten sind, bitten wir, Bedingungen, Auflagen und inhaltliche Beschränkungen zu Ihrem Aufgabenbereich mitzuteilen, damit diese in der Genehmigung berücksichtigt und mitaufgenommen werden können.

Sollten zur Verwirklichung des Vorhabens anlagenbezogene Befreiungen, Ausnahmen oder ähnliche Entscheidungen erforderlich sein (z.B. § 67 BNatSchG i.V.m § 54 NatSchG), bitten wir in der Stellungnahme die Rechtsgrundlage anzugeben und zu begründen sowie einen Entscheidungsvorschlag zu formulieren. Wir bitten darum, erforderliche Nebenbestimmungen auf einem gesonderten Blatt beizufügen.

Für eine leichtere und schnellere Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen bitten wir Sie, Ihre Stellungnahme in Papierform und zusätzlich elektronisch an die E-Mail-Adresse Isabell.Grimm@neckar-odenwald-kreis.de zu übersenden. Sollten Sie Ihrer Stellungnahme Pläne beifügen, bitten wir um Übersendung von zwei Fertigungen in Papierform und zusätzlich in elektronischer Form.

Mit freundlichen Grüßen

gez. i.V.
Grimm

Anlage beteiligte Stellen

Hinweise zum Datenschutz gem. Art. 13 und Art. 14 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) finden Sie unter www.neckar-odenwald-kreis.de/Datenschutz.de. Auf Wunsch senden wir Ihnen diese auch in Papierform zu.

Nur für die Sachgebiete des Landratsamtes:

Nach Ziff. 01.01.00-01 der Anlage zur Gebührenverordnung des Landratsamtes ist für jeden wahrgenommenen Außendiensttermin eine Wegstreckenpauschale zu erheben. Wir bitten daher, den Vordruck auszufüllen und mit Ihrer fachlichen Stellungnahme an uns zurückzugeben.

Diesen finden Sie unter G:\Verfahrensunterlagen - FB2

Verteiler: -die Versendung erfolgt ausschließlich elektronisch-

1. Sachgebiet Gewerbeaufsicht
im Hause
juergen.sattler@neckar-odenwald-kreis.de
melanie.benter@neckar-odenwald-kreis.de

2. Sachgebiet Naturschutz
im Hause
Naturschutz@neckar-odenwald-kreis.de

Wir bitten um naturschutzfachliche und naturschutzrechtliche Stellungnahme.

Das Vorhaben bedarf außerdem gemäß § 7 Abs. 1 i.V.m. § 9 Abs. 4 UVPG einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung der UVP-Pflicht. Grundlage für die Prüfung ist insbesondere die von der Vorhabenträgerin vorgelegte Unterlage „UVP-Vorprüfung für die WEA Hardheim 3 auf dem Gebiet der Gemeinde Hardheim“, erstellt vom Büro Ökologie und Stadtentwicklung vom 04.07.2023, geändert am 08.08.2023, in Register 15.1.

Mit Nachricht vom 21.07.2023 bzw. 09.08.2023 haben wir Sie hierzu bereits um Prüfung gebeten, ob das Vorhaben im Hinblick auf die naturschutzrechtlichen Belange erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Fehlanzeige war erforderlich.

3. Umwelt-Technik und Naturschutz
Bodenschutz und Grundwasserschutz
im Hause
freddy.hasselbach@neckar-odenwald-kreis.de
rainer.beer@neckar-odenwald-kreis.de

Das Vorhaben bedarf außerdem gemäß § 7 Abs. 1 i.V.m. § 9 Abs. 4 UVPG einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung der UVP-Pflicht. Grundlage für die Prüfung ist insbesondere die von der Vorhabenträgerin vorgelegte Unterlage „UVP-Vorprüfung für die WEA Hardheim 3 auf dem Gebiet der Gemeinde Hardheim“, erstellt vom Büro Ökologie und Stadtentwicklung vom 04.07.2023, geändert am 08.08.2023, in Register 15.1.

Mit Nachricht vom 21.07.2023 bzw. 09.08.2023 haben wir Sie hierzu bereits um Prüfung gebeten, ob das Vorhaben im Hinblick auf die naturschutzrechtlichen Belange erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Fehlanzeige war erforderlich.

4. Feuerwehrwesen / Bevölkerungsschutz
Kreisbrandmeister
im Hause
joerg.kirschenlohr@neckar-odenwald-kreis.de

5. Gemeindeverwaltungsverband Hardheim-Walldürn
Baurechtsamt
Friedrich-Ebert-Str. 11
74731 Walldürn
info@gvv-hw.de

6. Gemeinde Hardheim
Schloßplatz 6
74736 Hardheim
rathaus@hardheim.de
7. Gemeinde Höpfingen
Heidelbergerstraße 23
74746 Höpfingen
gemeinde@hoepfingen.de
8. Stadt Walldürn
Burgstraße 3
74731 Walldürn
stadt@wallduern.de
9. Regierungspräsidium Stuttgart
Referat 46.2, Luftverkehr
Industriestr. 5
70565 Stuttgart
bauschutz-luftverkehr@rps.bwl.de

Luftfahrthindernisse sind ab 100 Metern über Grund zu kennzeichnen. Außerdem befindet sich das Vorhaben in der Nähe des Verkehrslandeplatzes Walldürn. Sie haben in dem früheren Genehmigungsverfahren mit Schreiben vom 15.06.2021 zu den luftfahrtrechtlichen Belangen Stellung genommen und der Errichtung und dem Betrieb der Anlage HAR-3 nach § 14 Abs. 1 LuftVG zugestimmt. Sollte eine erneute Zustimmung erforderlich sein, bitten wir um entsprechende Mitteilung. Auf die nur dann geltende 2 Monatsfrist wird hingewiesen.

10. Regierungspräsidium Karlsruhe
Stabsstelle Energiewende, Windenergie u. Klimaschutz
Markgrafenstr. 46
76133 Karlsruhe
stewk@rpk.bwl.de

Bitte um Stellungnahme unter Bezug auf § 26 KlimaG BW.